



VERBAND SOZIALISTISCHER
STUDENT_INNEN



Antrag für die 1. ordentliche Sitzung der Bundesvertretung am

20.10.2023

Jin, Jiyan, Azadî

Am 16. September 2022 starb die Kurdin Jina Amini nach einer gewaltsamen Festnahme durch die iranischen Sittenwächter. Ihr Tod löste eine Protestwelle im Iran aus. Treibende Kraft der Aufstände sind die Frauen, die seit der Gründung der Islamischen Republik 1979 brutal unterdrückt werden. Sinnbildlich dafür: Der staatliche Zwang, den Hidschab zu tragen.

Das Mullah-Regime antwortet mit brutaler Gewalt auf den revolutionären Prozess: Menschenrechtsorganisationen zu Folge sind über 550 Menschen bei Protesten getötet, Tausende verletzt und über 22.000 festgenommen worden. Bis Oktober 2023 zählt die Menschenrechtsorganisation Iran Human Rights 531 vollstreckte Hinrichtungen. Seit November 2022 kam es außerdem zu systematischen Giftgasangriffen an Mädchenschulen, bei denen junge Frauen verletzt wurden.

Auch wenn das Regime ebenso hart zurückschlägt, ist klar: Die Menschen im Iran & in Ostkurdistan werden frei sein! Die politische Alternative für den Iran gibt es – sie sitzt in den Gefängnissen des Landes. Sie artikulieren sich, etwa durch Protest, wenn sie ihre Münder zunähen, in Hungerstreik treten oder Kopftücher verbrennen. Oder durch Briefe, Video-Statements, Interviews und sogar Bücher.

Es ist notwendig, die Proteste im Land zu beleuchten, ihnen eine Plattform zu bieten und die internationale Aufmerksamkeit immer und immer wieder auf den Iran zu lenken. Denn wenn die Welt wegschaut, massakrieren die Mullahs.

Insbesondere gilt es aber, der politischen Alternative und der demokratischen Zukunft des Landes, also den politischen Gefangenen, eine Stimme und eine Plattform zu geben. Für den revolutionären Prozess ist es unabdingbar, dass diese Menschen Gehör finden, denn sie sind die demokratische Alternative, nach der wir uns sehnen. Es ist wichtig, sich an die Seite der Protestierenden zu stellen, klar an die Seite der progressiven und emanzipatorischen Kräfte, die für ein Ende der Diktatur kämpfen, im Iran oder im Exil.

Die 1. ordentliche Bundesvertretungssitzung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft im Wintersemester 2023/24 möge daher beschließen:

- Die ÖH solidarisiert sich mit den Protestierenden im Iran, insbesondere mit den Studierenden der Sharif Universität



VERBAND SOZIALISTISCHER
STUDENT_INNEN

- Die ÖH setzt sich für den erneuten Erlass des Studienbeitrags für Studierende aus dem Iran ein
- Die ÖH fordert die zielgerichtete Sanktionierung gegen das Regime vor Ort sowie die Unterstützung der demokratischen Opposition bei ihren Protesten